

# E-Mail-Newsletter

## 30. Juni 2009

Liebe Mitglieder und Interessierte,

heute erhalten Sie unseren neuen Newsletter mit Hinweisen auf unsere nächsten Tagungen in Stuttgart (11. Juli) und Bad Herrenalb (18.-20. September), unserem aktuellen Fortbildungsprogramm sowie vielen Nachrichten, Lesetipps und Terminen:

### **1. Tagung/Plenum des Flüchtlingsrates am 11. Juli in Stuttgart, Friedensgemeindehaus**

Mit AGs zu Altfallregelung, Bleiberecht, Arbeit und neuen Entwicklungen in der europäischen Asylpolitik sowie dem Hauptvortrag am Nachmittag über die Lagerkampagne des Bayerischen Flüchtlingsrates.

### **2. Herbsttagung in Bad Herrenalb, 18.-20. September**

"Perspektiven einer humaneren Flüchtlingspolitik in Europa: Analyse und Strategien". Ab sofort können Sie sich für diese Tagung anmelden.

### **3. Fortbildungsprogramm des Flüchtlingsrates im Rahmen des EFF-Projektes VIA**

Viel Neues finden Sie bei unseren Fortbildungen. Wir freuen uns über Ihre Anfragen an die Geschäftsstelle.

### **4. Statistik**

- Knapp 30.000 Ausländer besitzen eine Aufenthaltserlaubnis auf Probe
- 1.835 Asylanträge im Mai 2009
- 727 Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge stellten 2008 Asylantrag
- 2.111 Übernahmeansuchen der Bundesregierung an einen anderen EU-Staat im 1. Quartal 2009

### **5. "Jugendliche ohne Grenzen" planen Tagung zum Treffen der Innenminister im Dezember**

Für die Veranstaltung werden TeilnehmerInnen gesucht.

### **6. Erste Erfahrungen mit der Aufnahme irakischer Flüchtlinge in Friedland**

beschreibt der Leiter der Caritasstelle Friedland, Thomas Heek.

### **7. Kommentierungen, Dokumente, Stellungnahmen zur Gesetzgebung**

zusammengestellt von Georg Classen, FR Berlin

### **8. Informationen zur Altfallregelung**

- Informationen zur Erteilung/Verlängerung der Aufenthaltserlaubnisse, von Rechtsanwältin Silke Schäfer, Göttingen
- "Aktion Bleiberecht" Gemeinsame Kampagne von Diakonie und Caritas für die Entfristung und Verbesserung der Bleiberechtsregelung
- Pro Asyl fordert Nachbesserung für die Regelung

### **9. Keine Übermittlung von Sozialdaten an die Ausländerbehörden**

Nach geltender Rechtslage dürfen die Träger der Grundsicherung keine Daten von Bleibeberechtigten an die Ausländerbehörden weitergeben.

## 10. Unterzeichnen: E-Petitionen zu

- Bargeld für Asylsuchende und Geduldete
- Wohnungen für Asylsuchende und Geduldete
- Residenzpflicht abschaffen
- Bleiberecht für Asylsuchende und Geduldete
- Arbeitserlaubnis für Asylsuchende und Geduldete

## 11. Neue Einträge auf roma-kosovoinfo.com

## 12. Newsletter der Schweizerischen Flüchtlingshilfe SFH, Juni 2009

## 13. Lesetipps

## 14. Termine

Mit herzlichem Gruß  
Ihr Reiner Klass

### 1. Tagung/Plenum des Flüchtlingsrates am 11. Juli in Stuttgart, Friedensgemeindehaus

Das genaue [Programm für das Plenum](#) am 11. Juli steht fest, und wir bitten Sie um eine baldige Anmeldung per Post, Mail, Fax oder telefonisch. Vormittags finden Arbeitsgruppen zum Bleiberecht/zur Häfitefallkommission, zur Arbeitssuche in Zeiten der Wirtschaftskrise sowie zu neuen Entwicklungen im europäischen Asylrecht statt. Das Hauptreferat am Nachmittag mit dem Titel "Lagerschlussverkauf - Alles muss weg" über die Lagerkampagne des Bayerischen Flüchtlingsrates hält Alexander Thal.

### 2. Herbsttagung in Bad Herrenalb, 18.-20. September: "Perspektiven einer humaneren Flüchtlingspolitik in Europa: Analyse und Strategien"

Flüchtlinge befinden sich weltweit in prekären Situationen. Täglich ereignen sich dramatische Szenen an den EU-Außengrenzen. In seeuntauglichen Flüchtlingsbooten riskieren Männer, Frauen und Kinder ihr Leben bei der Überfahrt in ein Land der EU. Flüchtlinge, die es geschafft haben, kommen in Aufnahmezentren oder werden inhaftiert. Die Lager wie in Lampedusa und auf Malta sind völlig überbelegt. Die Unterbringung der Flüchtlinge geschieht unter menschenunwürdigen Bedingungen. Das Aufnahmeverfahren für besonders Schutzbedürftige entspricht selten ihren Bedürfnissen.

Auf der Tagung wollen wir der Frage nachgehen: Wie kann Flüchtlingspolitik in Europa verändert werden und was können wir dazu beitragen? Welche anderen Mittel der Gestaltung außer ordnungspolitischen sind möglich? Vorgestellt werden sollen Aktionen und Aktionsideen der europäischen Flüchtlingsbewegung. Nach den Europawahlen geht es um die Frage: Wie kann den Forderungen Ausdruck verliehen werden und wie kommt man zu einer Neuausrichtung der Standards in der EU-Flüchtlingspolitik? Flüchtlinge sind an dieser Tagung unmittelbar beteiligt, kommen zu Wort und bringen sich ein. Mit ihnen gemeinsam wollen wir auf neue Möglichkeiten eines gelingenden Zusammenlebens zugehen. Dazu laden wir sehr herzlich nach Bad Herrenalb ein.

Pfarrerin Annette Stepputat, Evangelische Akademie Baden  
Ulrike Duchrow, Flüchtlingsrat Baden-Württemberg  
Dr. Manfred Budzinski, Evangelische Akademie Bad Boll  
Karl Kopp, Pro Asyl

[Zum Tagungsprogramm mit genauen Informationen.](#)

[Informationen zur Tagung auf der Website der Ev. Akademie Bad Herrenalb.](#)

Sie können sich zu dieser Veranstaltung ab sofort anmelden: Kontakt: Evangelische Akademie Baden, Postfach 2269, 76010 Karlsruhe.

### 3. Fortbildungsprogramm des Flüchtlingsrates 2009

Unser aktuelles EFF-Projekt VIA bietet uns die Möglichkeit, die Themen aufzugreifen, zu denen Sie uns die meisten Fragen stellen. Die wichtigsten politischen und Beratungsfragen im Bereich Flüchtlingsarbeit haben wir daher auch für dieses Jahr in einem [Fortbildungsprogramm](#) zusammengeschnürt. Fragen nach der Neuansiedlung von irakischen Flüchtlingen aus Syrien und Jordanien und in diesem Zusammenhang nach den lokalen Save-me-Kampagnen, aber auch nach den Chancen für geduldete Flüchtlinge durch die Bleiberechtsregelungen und die Härtefallkommission. Weiterhin beschäftigen wird uns außerdem die europäische Asylpolitik mit all ihren Facetten und ihren Folgen für das Asylrecht hier in Deutschland.

Bitte melden Sie sich in der Geschäftsstelle, wenn Sie sich für eine oder mehrere Veranstaltungen interessieren. Wir planen dann mit Ihnen gemeinsam, wo und wie sie stattfinden können und kontaktieren die Referentin/den Referenten. Für Sie entstehen dabei keine weiteren Kosten.

### 4. Statistik

#### Knapp 30.000 Ausländer besitzen eine Aufenthaltserlaubnis auf Probe

Inneres/Antwort

Berlin: (hib/STO) Ende März dieses Jahres haben in Deutschland laut Ausländerzentralregister 29.244 Menschen eine Aufenthaltserlaubnis "auf Probe" besessen. Dies geht aus einer Antwort der Bundesregierung ([16/13163](#)) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke ([16/12932](#)) hervor. Darin bejaht die Regierung zugleich, dass die "auf Probe" erteilten Aufenthaltserlaubnisse ab dem 1. Januar 2010 im Regelfall nicht mehr gültig sein werden, wenn nicht zuvor rechtzeitig eine dauerhafte eigenständige Lebensunterhaltssicherung nachgewiesen wurde. Wie es dazu in der Antwort weiter heißt, will die Bundesregierung "zu gegebener Zeit unter Einbeziehung aller relevanten Gesichtspunkte entscheiden", ob sie hinsichtlich der Stichtagsregelung "dem Parlament einen Regelungsvorschlag unterbreitet". (Quelle: [dip.bundestag.de](#))

Bundesweit wurden 33.371 Aufenthaltserlaubnisse nach der gesetzlichen Altfallregelung (§ 104a und b AufenthG) erteilt.

Über die - der gesetzlichen Bleiberechtsregelung vorangegangene - IMK-Bleiberechtsregelung von 2006 wurden insgesamt 24.271 Aufenthaltserlaubnisse erteilt.

Wenn man die in den einzelnen Bundesländern erteilten Aufenthaltserlaubnisse ins Verhältnis setzt zur Zahl der am 31.10.2006 geduldeten Flüchtlinge (Stand vor Inkrafttreten der IMK-Regelung), ergibt sich folgendes "Ranking" hinsichtlich des Prozentsatzes der Bleibeberechtigten nach IMK- oder gesetzlicher Regelung:

Rheinland-Pfalz 44,9%  
Hessen 42,2%  
Nordrhein-Westfalen 39,6%  
Baden-Württemberg 38,1%  
Thüringen 38,0%  
Bremen 32,2%  
Niedersachsen 29,4%  
Hamburg 27,5%  
Saarland 25,9%  
Bayern 25,6%  
Brandenburg 24,8%  
Berlin 23,2%  
Schleswig-Holstein 23,2%  
Sachsen 18,8%  
Sachsen-Anhalt 18,1%

## Mecklenburg-Vorpommern 16,4%

Durchschnittswert: 32,3%

(Info von Kai Weber, Nds. Flüchtlingsrat)

### 1.835 Asylanträge im Mai 2009

Berlin (ddp) Die Zahl der Asylbewerber in Deutschland ist im Mai gesunken. Im Mai beantragten 1835 Menschen Asyl, wie das Bundesinnenministerium am Mittwoch in Berlin mitteilte. Die Zahl der Asylanträge sank im Vergleich zum Vormonat um 4,4 Prozent.

Verglichen mit dem Vorjahresmonat stieg sie aber um 14,8 Prozent. Von Januar bis Mai suchten 9281 Menschen in Deutschland um Asyl nach. Das waren 1142 Anträge oder 12,3 Prozent mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum.

Am höchsten war im Mai, wie schon in den Vormonaten, die Zahl der Asylbewerber aus dem Irak (397) und Afghanistan (144). Dabei sank die Zahl der Bewerber aus dem Irak im Vergleich zum April, während sie aus Afghanistan stieg. Einen Anstieg von Anträgen registrierten die Behörden vor allem auch bei Asylbewerbern aus dem Kosovo (115), Serbien (65), Indien (62) und Syrien (80).

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge entschied im Mai 2009 insgesamt über die Asylanträge von 2551 Personen. 763 von ihnen (29,9 Prozent) wurde der Status eines Flüchtlings zugesprochen. Darüber hinaus hat das Bundesamt bei 158 weiteren Personen ein Abschiebungsverbot festgestellt, weil ihnen in der Heimat die Todesstrafe oder Folter droht.

### 727 Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge stellten 2008 Asylantrag

*Innere/Antwort auf Große Anfrage*

Berlin: (hib/STO) Im Jahr 2008 haben in Deutschland 727 unbegleitete Minderjährige einen Erstantrag auf Asyl gestellt. Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung ([16/13166](#)) auf eine Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ([16/10638](#)) hervor. Danach stammten 403 dieser Anträge von 16- und 17-Jährigen.

In den Jahren 2005 bis 2007 hatten den Angaben zufolge 697 unbegleitete Minderjährige unter 16 Jahren beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge einen Asylantrag gestellt. Die Zahl unbegleiteter 16- und 17-jähriger Asylsuchender wurde den Angaben zufolge bis Anfang 2008 nicht gesondert erfasst.

Wie die Regierung unter Verweis auf Zahlen des Bundesamtes über unbegleitete Personen unter 16 Jahren weiter mitteilte, erhielten in den Jahren 2005 bis 2007 19 dieser Minderjährigen "die Rechtsstellung eines Flüchtlings zuerkannt". Darunter seien 3 Asylberechtigte gewesen. 9 seien aus Afrika gekommen, 6 aus Asien und 4 aus Europa.

Auf unterschiedliche Bezugspunkte stützen sich der Vorlage zufolge die Zahlenangaben der Länder zur Frage, wie viele neu eingereiste unbegleitete Minderjährige 2005 bis 2007 in Deutschland festgestellt wurden. Wie die Bundesregierung erläutert, haben einige Länder entsprechend der Fragestellung die Zahl der "neu eingereisten unbegleiteten Minderjährigen" angegeben. Danach reisten 573 Minderjährige nach Bayern ein, 66 nach Sachsen, 121 nach Sachsen-Anhalt, 128 nach Schleswig-Holstein sowie 90 nach Thüringen.

In Hessen werden die Einreisezahlen von unbegleiteten Minderjährigen laut Antwort nur an den beiden Haupteinreiseorten statistisch erfasst. Danach seien in Frankfurt am Main und Gießen 582 Minderjährige festgestellt worden. Aus Niedersachsen liege lediglich eine Zahl für das Jahr 2007 vor, in dem dort 23 Minderjährige eingereist seien.

Andere Länder gaben der Regierung zufolge an, wie viele Minderjährige in den Erstaufnahmeeinrichtungen angekommen sind. Diese Zahl betrug demnach in Baden-Württemberg 379, in Berlin 1.384, in Brandenburg 381, in Nordrhein-Westfalen 758 sowie im Saarland 54.

In Hamburg seien bei der Ausländerbehörde 319 Minderjährige erstmals erfasst worden, berichtet die Bundesregierung weiter. In Mecklenburg-Vorpommern seien im Zuständigkeitsbereich der Jugendhilfe 42 unbegleitete Minderjährige festgestellt worden. In Rheinland-Pfalz lägen Statistiken lediglich zu unbegleiteten Minderjährigen vor, die einen Asylantrag gestellt haben (126 Personen) oder als unerlaubt eingereiste Ausländer nach Artikel 15a des Aufenthaltsgesetzes verteilt wurden (keine Person).

(Quelle: [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de), am 24.06.09)

### 2.111 Übernahmeersuchen der Bundesregierung an einen anderen EU-Staat im 1. Quartal 2009

Die Bundesrepublik hat im 1. Quartal 2009 in 2.111 Fällen ein Übernahmeersuchen an einen anderen EU-Staat gestellt. Das entspricht 32,6 % aller Asylersuchen. Besonders pikant: In 440 Fällen wurde Griechenland um eine Übernahme ersucht. Pro Asylsuchende in den letzten Monaten mehrmals auf die katastrophale Situation von schutzsuchenden Flüchtlingen in Griechenland hingewiesen. Trotzdem wird die Bundesregierung weiterhin Überstellungen von Asylsuchenden entsprechend der Dublin-II-Verordnung nach Griechenland vornehmen. Das geht aus der Antwort ([16/8861](#)) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke ([16/8722](#)) hervor. Ungeachtet von Schwierigkeiten, die in einzelnen Asylverfahren nicht ausgeschlossen werden könnten, besteht für nach Griechenland überstellte Asylbewerber grundsätzlich der Zugang zu Asylverfahren, heißt es weiter. Es seien mit Ausnahme von Norwegen keine Mitgliedstaaten bekannt, die planten, Dublin-Überstellungen nach Griechenland auszusetzen.

### 5. "Jugendliche ohne Grenzen" planen Tagung zum Treffen der Innenminister im Dezember

"Jugendliche ohne Grenzen" laden junge Flüchtlinge zur nächsten Konferenz anlässlich der parallel stattfindenden IMK in Bremen ein. Im Einladungsschreiben heißt es:

"Vom 02. bis 05. Dezember 2009 wird wieder eine Jugendkonferenz parallel zu der Innenministerkonferenz [IMK] in Bremen stattfinden. 60 jugendliche Flüchtlinge aus verschiedenen Bundesländern können daran teilnehmen. Schon bei den letzten Innenministerkonferenzen hat sich *Jugendliche ohne Grenzen* (JoG), ein Zusammenschluss von betroffenen Jugendlichen, für ein weitreichendes Bleiberecht und die volle Umsetzung der UN-Kinderrechte in Deutschland starkgemacht. Insbesondere wurden Konferenzen von und für die betroffenen Jugendlichen organisiert, um über Hintergründe von Duldung, Abschiebung und Flucht zu informieren, Wissen zu vermitteln und vor allem, um Perspektiven für ein Bleiberecht zu entwickeln.

Im November 2006 schließlich sahen sich die Innenminister gezwungen ein Bleiberecht zu erlassen, und viele, die vorher bei JoG dabei waren, haben eine Aufenthaltserlaubnis erhalten. Wir wollen jedoch dafür kämpfen, dass auch die anderen geduldeten und illegalisierten Flüchtlinge in Deutschland bleiben dürfen. Das geht nur, wenn die Leute, die selber von der Abschiebung bedroht sind, sich wehren.

Daher laden wir alle betroffenen Jugendlichen ein, an der nächsten Konferenz von JoG teilzunehmen. Ihr braucht kein politisches Vorwissen, auch wenn Ihr auch nur neue Leute kennenlernen wollt, seid Ihr herzlich willkommen."

Anmeldeformulare und eine Kurzbeschreibung findet ihr hier: <http://berlin.jogspace.net/material/>  
 Ansprechpartner für alle weiteren Fragen: Mohammed Jouni (Jugendliche Ohne Grenzen),  
 Infos zu JOG und den JOG-Konferenzen: <http://jogspace.net>

### 6. Resettlement: Erste Erfahrungen mit der Aufnahme irakischer Flüchtlinge in Friedland

Bedingt durch den Krieg im Irak und der Verfolgung und Gewalt gegen verschiedene Bevölkerungsgruppen sind in den vergangenen Jahren weit mehr als 2 Millionen Iraker in die Nachbarländer Syrien und Jordanien geflohen, wo sie seither als Flüchtlinge leben. Unterstützung erhalten sie dort durch Hilfsorganisationen.

Eine Vielzahl dieser Menschen kann nicht wieder in den Irak zurückkehren und hat auch keine Lebensperspektiven in den Ländern, die sie nun vorübergehend aufgenommen haben. Im Rahmen eines Programms des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) hat sich die Bundesregierung bereit erklärt, 2.500 Menschen aus diesem Personenkreis aufzunehmen. Es handelt sich hier vor allem um Angehörige verfolgter Minderheiten, darunter viele Christen, Mandäer und Chaldäer, Personen mit besonderen medizinischen Bedürfnissen sowie allein stehende Frauen mit Kindern. Bei letzterer Gruppe handelt es sich überwiegend um verfolgte Muslime, deren Ehepartner während der Auseinandersetzungen im Irak verschollen oder umgekommen sind. Um diesen Menschen eine Perspektive anzubieten, erhalten sie in Deutschland eine Aufenthaltserlaubnis.

Die irakischen Flüchtlinge reisen über Friedland in das Bundesgebiet ein. Nach der Ankunft im GDL

(Grenzdurchgangslager) werden sie innerhalb von 14 Tagen in die Bundesländer weiterverteilt. Bei der Auswahl der Wohnorte werden familiäre Bindungen besonders berücksichtigt. Hier zeigt sich allerdings, dass es insbesondere die Angehörigen des mandäischen und chaldäischen Glaubens an die Orte zieht, an denen auch ihre Gemeinden sind. Dementsprechend verfügen viele von ihnen über verwandtschaftliche Beziehungen in Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen. Sollte bei der Verteilung auf die Bundesländer weiterhin neben den familiären Bindungen der Königsteiner Schlüssel Berücksichtigung finden, ist absehbar, dass die bisherige Praxis der Wohnortzuweisung zu Familienangehörigen an ihre Grenzen stoßen wird. Für die Integration der Flüchtlinge in Deutschland ist von nicht unerheblicher Bedeutung, dass bereits seit langem hier lebende Angehörige und die religiösen Gemeinden den neu eingereisten Unterstützung geben können.

Sofern es bei den bisher eingereisten irakischen Flüchtlingen zu Missverständnissen bei der Verteilung kam, bemühten sich beteiligten Stellen um Klärung. Als problematisch erweist sich hier die nachträgliche Korrektur einer einmal getroffenen Entscheidung.

Die Einreise der Flüchtlinge wird sich voraussichtlich über das Jahr 2009 erstrecken. Geplant war die Ankunft von bis zu 140 Personen (ein Flugzeug) im Zwei-Wochen-Rhythmus. Tatsächlich sind bislang (Anfang Juni 2009) jedoch erst vier Gruppen eingereist, davon drei Flüge aus Damaskus und einer aus Amman, in z. T. deutlich größeren zeitlichen Abständen.

Allen Stellen im Grenzdurchgangslager Friedland ist es ein wichtiges Anliegen, den irakischen Flüchtlingen einen freundlichen Empfang zu bereiten und ihnen das Signal zu vermitteln, dass ihre oftmals mehrjährige Flucht nun ein Ende gefunden hat. Von den Wohlfahrtsverbänden, bei denen zu diesem Zweck ebenso wie für das Grenzdurchgangslager Sprachmittler tätig sind, erhalten die Flüchtlinge erste Orientierungen für ihr Leben in Deutschland und Beratungsangebote, die gern wahrgenommen werden. Doch nicht nur die Informationsveranstaltungen zu den Unterstützungsmöglichkeiten in Deutschland und zum Aufenthaltsrecht werden rege besucht -, auch die Betreuungsdienste der Verbände werden von den Irakern ebenso genutzt wie von den SpätaussiedlerInnen.

Sie nutzen die bestehenden Einrichtungen gemeinsam, es entstehen schnell und unkompliziert Kontakte und selbst die Sprachbarriere stellt bei Kaffee, Kuchen und Billard offensichtlich kein Problem dar.

Da die Mehrzahl der irakischen Flüchtlinge Christen sind, ist es der Filialgemeinde St. Norbert und der Caritas sowie der evangelischen Kirche und der Diakonie ein wichtiges Anliegen, ihnen auch muttersprachige seelsorgerische Angebote unterbreiten zu können. Mehrmals in der Woche werden Gottesdienste, Andachten und Treffen angeboten, die sehr gut angenommen werden.

Die Wohlfahrtsverbände hatten sich in den vergangenen Monaten gemeinsam sehr intensiv auf die Ankunft der irakischen Flüchtlinge vorbereitet. Neben dem Zusammenstellen der Informationen als Grundlage für die Beratungs- und Informationsangebote erfolgten Planungen für die notwendigen Informationsveranstaltungen. Ebenso wurden alle MitarbeiterInnen im Umgang mit traumatisierten Menschen fortgebildet. Die bisherigen Beratungsgespräche bestätigten die Befürchtung, dass eine Vielzahl der Flüchtlinge in den vergangenen Jahren Gewalt und Verfolgung am eigenen Leib erlebt hat oder miterleben musste, wie Angehörige ermordet und verschleppt wurden.

Viele der bisher neu ankommenden Iraker verfügen über einen verhältnismäßig hohen Bildungsstand und eine sehr hohe Motivation, schnell die deutsche Sprache zu lernen und einen Arbeitsplatz zu finden. Es bleibt zu hoffen, dass die Flüchtlinge die Gelegenheit erhalten, nach dem Integrationskurs ihre Sprachkenntnisse zu verfestigen und ihre beruflichen Qualifikationen zu ergänzen bzw. nutzbar zu machen. Da das deutsche System der Anerkennung ausländischer Qualifikationen bekanntermaßen sehr kompliziert und lückenhaft ist, wird hier ein erheblicher, qualifizierter Unterstützungsbedarf entstehen.

Thomas Heek

Leiter der Caritasstelle Friedland

(Quelle: KAM-Newsletter vom 17.06.2009, [www.kam-info-migration.de](http://www.kam-info-migration.de))

## **7. Kommentierungen, Dokumente, Stellungnahmen zur Gesetzgebung**

Aus <http://www.fluechtlingsrat-berlin.de/gesetzgebung.php>, zusammengestellt von Georg Classen

## **AsylbLG und AsylVfG**

Mietwohnungen statt Gemeinschaftsunterkünfte Stellungnahme Flüchtlingsrat Berlin zur dezentralen Unterbringung im Sächsischen Landtag am 30.04.09

[http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/pdf/Classen\\_Asyl\\_Wohnen\\_Sachsen\\_300409.pdf](http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/pdf/Classen_Asyl_Wohnen_Sachsen_300409.pdf)

Spielräume der Länder bei der Umsetzung der Residenzpflicht Stellungnahme Flüchtlingsrat Berlin zur Residenzpflicht für geduldete, asylsuchende und bleibeberechtigte Flüchtlinge im Sächsischen Landtag am 30.04.09:

[http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/pdf/Classen\\_Residenzpflicht\\_Sachsen\\_300409.pdf](http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/pdf/Classen_Residenzpflicht_Sachsen_300409.pdf)

Wertgutscheine nach dem AsylbLG: Stellungnahme für die AG "Gutscheine bei sozialen Dienstleistungen" beim Deutschen Verein für öff. und private Fürsorge am 08.05.09:

[http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/pdf/Classen\\_Gutscheine\\_AsylbLG.pdf](http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/pdf/Classen_Gutscheine_AsylbLG.pdf)

Krankenhilfe nach dem AsylbLG: Umfang der Krankenhilfe, Krankenhilfe für MigrantInnen ohne legalen Status, Rechtsprechung, Mai 2009, doc

[http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/arbeitshilfen/krankenhilfe\\_asylblg.doc](http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/arbeitshilfen/krankenhilfe_asylblg.doc)

Neue Berliner Ausführungsvorschrift zu § 1a AsylbLG: In den Berliner Unterkünften Motardstr. und Degnerstr. entfällt die Vollverpflegung für geduldete Flüchtlinge nach § 1a AsylbLG, stattdessen kommen ab 1.7.09 gekürzte Bargeldleistungen zur Auszahlung. Vollverpflegung soll es nur noch für Asylsuchende in den ersten drei Monaten ab Asylantrag geben:

[http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/gesetzgebung/AV\\_Bln\\_1aAsylbLG\\_2009.pdf](http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/gesetzgebung/AV_Bln_1aAsylbLG_2009.pdf)

Antrag auf Aufhebung des AsylbLG: Stellungnahmen Flüchtlingsrat, Wohlfahrtsverbände und Kirchen zur Anhörung im Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales am 04.05.09

[http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/zuwg/Aufhebung\\_AsylbLG.html](http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/zuwg/Aufhebung_AsylbLG.html)

## **Aufenthaltsrecht, Arbeitserlaubnis und Sozialleistungen für alte und neue Unionsbürger**

Leistungen für Ausländer nach SGB II, SGB XII und AsylbLG

Leitfaden zur Existenzsicherung für Nichtdeutsche, Ansprüche von Unionsbürgern, Flüchtlingen und Drittstaaten, April 2009

[http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/pdf/Eckpunkte\\_SGB\\_II\\_XII\\_Auslaender.pdf](http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/pdf/Eckpunkte_SGB_II_XII_Auslaender.pdf)

SGB II-Leistungen für Unionsbürger und ihre Familien

Prof. Dorothee Frings, Hochschule Niederrhein, zum Anspruch alter und neuer Unionsbürger auf ALG II und Sozialhilfe. Beitrag zu den Hohenheimer Tagen zum Ausländerrecht 2009:

[http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/pdf/Frings\\_SGB2\\_Unionsbuerger.pdf](http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/pdf/Frings_SGB2_Unionsbuerger.pdf)

Zugänge zur Erwerbstätigkeit für Neu-Unionsbürger

Prof. Dorothee Frings, Hochschule Niederrhein, zum Anspruch neuer Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen auf Freizügigkeit und auf Arbeitsgenehmigung EU. Beitrag zu den Hohenheimer Tagen zum Ausländerrecht 2009:

[http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/pdf/Frings\\_Arbeit\\_neue\\_Unionsbuerger.pdf](http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/pdf/Frings_Arbeit_neue_Unionsbuerger.pdf)

Skript zur Fortbildung zum FreizügG/EU von RA Ronald Reimann beim Flüchtlingsrat Berlin am 24.04.09:

[http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/pdf/Reimann\\_Skript\\_Unionsbuerger\\_0409](http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/pdf/Reimann_Skript_Unionsbuerger_0409)

Skript mit Arbeitsmaterialien zur Fortbildung Aufenthaltsrecht, Arbeitserlaubnis und Sozialleistungen für UnionsbürgerInnen:

[http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/pdf/Reader\\_EU\\_0709.pdf](http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/pdf/Reader_EU_0709.pdf)

## Rechtsprechung zum Flüchtlingssozialrecht 1993 - 2009

Urteile2.pdf - Über 3000 von 1993 bis 2009 erfasste Entscheidungen: AsylbLG, SGB II und XII, Arbeitserlaubnis, Kindergeld, weitere Sozialleistungen, sozialrechtlich relevante Entscheidungen zum Ausländer- und Asylrecht, ca. 600 Seiten, mit Links zum Volltext der Entscheidungen, Update Juni 2009, pdf 4 MB:

<http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/gesetzgebung/Urteile2.pdf>

Handbuch Sozialleistungen für MigrantInnen und Flüchtlinge

Georg Classen, Sozialleistungen für MigrantInnen und Flüchtlinge, Handbuch für die Praxis, 304 S., 2008. Im Buchhandel und online bestellbar.

<http://www.vonloeper.de/migrationssozialrecht>

## 8. Informationen zur Altfallregelung

### Probleme bei der Umsetzung der Altfallregelung

Zusammenfassung eines Vortrages von Rechtsanwältin Silke Schäfer, Göttingen, mit für die Beratungspraxis wichtigen Inhalten, wenn es um die Erteilung, Verlängerung oder weiteren Fragen zur Altfallregelung geht. Wegen der fehlenden Fiktionswirkung sollten Personen mit Aufenthaltserlaubnis nach § 104 a AufenthG einen Antrag auf Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis mit Hilfsanträgen (AE nach §§ 25,4 Satz 2; 25,5...) schon im September stellen!

Die Zusammenfassung finden Sie als [Dateianhang](#).

### "Aktion Bleiberecht" Gemeinsame Kampagne von Diakonie und Caritas für die Entfristung und Verbesserung der Bleiberechtsregelung

Die Kirchen, Diakonie und Caritas haben gemeinsam eine Aktion (Kampagne) zum Thema Bleiberecht gestartet. Diese hat zum Ziel, die Bleiberechtsregelung zu entfristen und zu optimieren, damit sie ihrem humanitären Anspruch auch gerecht werden kann.

Ohne eine Änderung der Regelung müssten viele Inhaber der Aufenthaltserlaubnis auf Probe am Ende des Jahres befürchten, wieder in die Duldung zurückzufallen bzw. sind sogar abschiebegefährdet.

Infos zu der Aktion werden fortlaufend unter dem Link [www.aktion-bleiberecht.de](http://www.aktion-bleiberecht.de) eingestellt.

Aus der von der Arbeitsgruppe Bleiberecht bundesweit durchgeführten umfassenden Bestandserhebung ist eine Broschüre erstellt worden, die anhand konkreter Einzelfallbeispiele schildert, weshalb eine Neujustierung der Bleiberechtsregelung notwendig ist. Die Broschüre ist derzeit vergriffen und wird in Kürze neu aufgelegt, kann aber auch von der Internetseite der Bleiberechtskampagne heruntergeladen werden.

[Broschüre "Kettenduldungen beenden - humanitäres Bleiberecht sichern"](#)

*Pro Asyl-Presseerklärung, 5. Juni 2009*

Zum Ergebnis der Innenministerkonferenz

### Keine Einigung der Innenminister auf Nachbesserung der Bleiberechtsregelung

PRO ASYL: Bundesregierung ist jetzt gefordert

Die Innenminister von Bund und Ländern haben versagt. Nicht einmal auf ein Minimalprogramm zur Nachbesserung der Bleiberechtsregelung konnten sie sich verständigen - auf die Verlängerung der Frist für den Nachweis, dass Flüchtlinge mit Aufenthaltserlaubnis "auf Probe" ihren Lebensunterhalt aus eigener Kraft sichern können.

PRO ASYL appelliert nun an den Bundesgesetzgeber, seiner Verantwortung für zehntausende von Menschen gerecht zu werden und noch in dieser Legislaturperiode die gesetzliche Altfallregelung nachzubessern. Die



Initiative des Berliner Innensenators Körting, dabei das ernsthafte Bemühen vieler Betroffener zu würdigen, ihren Lebensunterhalt durch Arbeit zu bestreiten, geht in die richtige Richtung. In der Wirtschaftskrise ist es sehr viel schwieriger geworden, auskömmliche Jobs zu finden.

PRO ASYL warnt davor, das Thema im Bundestagswahlkampf zuinstrumentalisieren und es dann nach der Wahl auf die lange Bank zu schieben. Die Hälfte der Menschen, die eine Aufenthaltserlaubnis auf der Basis der beiden Bleiberechtsregelungen (IMK-Beschluss und Aufenthaltsgesetz) erhalten hat, besitzt nur eine Aufenthaltserlaubnis auf Probe. Am Jahresende droht der Rückfall in die Duldung, u.U. die Abschiebung. PRO ASYL erinnert daran, dass der Deutsche Bundestagspräsident die Absicht hatte, die Kettenduldungen abzuschaffen. Herausgekommen sind kleinmütige Teillösungen, deren Scheitern sich immer deutlicher abzeichnet.

Die Innenminister wissen, dass die meisten der Betroffenen am Ende nicht abgeschoben werden können, was nach mehr als achtjährigem Aufenthalt ohnehin inhuman wäre. Ihnen erneut das Leben mit einer Duldung schwer zu machen, ist kontraproduktiv. Wer im Wahlkampf anderes behauptet, stellt das Interesse am Stimmenfang sowohl über die notwendigen humanen Lösungen als auch das wohlverstandene "öffentliche Interesse".

gez. Bernd Mesovic, Referent

### **9. Keine Übermittlung von Sozialdaten an die Ausländerbehörden**

Nach geltender Rechtslage dürfen die Träger der Grundsicherung keine Daten von Bleibeberechtigten an die Ausländerbehörden weitergeben. Eine Prüfung durch BMAS und BMI hat ergeben, dass in § 71 Abs. 2 Nr. 3 SGB X ein Verweis auf die einschlägigen Bestimmungen des Aufenthaltsgesetzes (§ 99 Abs. 1 Nr. 14 Buchstabe j) fehlt. Auch in der Aufenthaltsverordnung fehlt die Benennung der Träger der Grundsicherung für Arbeitssuchende in der Aufenthaltsverordnung.

Bei passender Gelegenheit will das BMAS eine Änderung des § 71 Abs. 2 Nr. 3 SGB X für ein Gesetzgebungsverfahren vorschlagen.

gez. Kai Weber, Nds. Flüchtlingsrat

### **10. Verschiedene E-Petitionen: Unterzeichnen!**

"...und wer kontrolliert Ihr Leben? - Kampagne gegen Ausgrenzung von AsylbewerberInnen" hatte beim Petitionsausschuss des Bundestages fünf ePetitionen eingereicht (Bargeldauszahlung, Wohnen in Wohnungen, Abschaffung der Residenzpflicht, Bleiberecht, Arbeitserlaubnis). Die ePetition für Bargeld ist seit 28. Mai online. Leider wurden die anderen vier ePetitionen noch nicht online gestellt, weswegen nicht alle ePetitionen gleichzeitig unterschrieben werden können. Aber es verlängert auch den Zeitraum für die wichtige Diskussion im Web-Forum des Petitionsausschusses.

Bitte unterzeichnen Sie mit, und bitte leiten Sie diese E-Mail, wenn noch nicht getan, über Ihre E-Mail-Verteiler weiter.

Liebe Leute, sehr geehrte Damen und Herren,

wie Ihr/Sie sicher wisst/wissen, gibt es in Deutschland eine Reihe von rassistischen und diskriminierenden Sondergesetzen für Asylsuchende und Geduldete: Lebensmittel als Sachleistungen statt Bargeld, die Pflicht in Heimen zu wohnen, Residenzpflicht, Arbeitsverbot und andere. Dazu kommt die Ungewissheit und Angst vor Abschiebung. Viele Menschen "leben" über 10 Jahre unter diesen Bedingungen.

Diese Gesetze müssen geändert werden! Bitte unterzeichnet/unterzeichnen Sie an Deinem/Ihrem Computer die elektronischen Petitionen des Bundestages. Die erste ePetition für Bargeld statt Sachleistungen an Asylsuchende und Geduldete wurde am 28. Mai online gestellt. Unterzeichnet werden können die ePetitionen sechs Wochen lang.

Man registriert sich vorher hier: > <https://epetitionen.bundestag.de/> Es ist zu beachten, dass es sich um eine https-Seite handelt und man je nach Webbrowser vorher den Zugang zur https-Seite akzeptieren muss.

Beim Registrieren muss man nicht sehr viele Daten angeben. Man muss NICHT die deutsche Staatsbürgerschaft haben. Die Logindaten, mit denen man sich einloggen kann, werden per E-Mail zugeschickt. 1x eingeloggt, klickt man gleich auf folgenden Link:

Bargeld für Asylsuchende und Geduldete (Ende der Mitzeichnungfrist: 10. Juli 2009):

<https://epetitionen.bundestag.de/index.php?action=petition;sa=details>petition=3990>

Weitere ePetitionen zur Verbesserung der Lage von Asylsuchenden wurden eingereicht und warten auf die Freischaltung.

Falls das E-Mailprogramm die Linkadressen durch Zeilenumbrüche zerteilt hat, müssen diese im Webbrowser wieder zusammengefügt werden.

## 11. Neue Einträge auf roma-kosovoinfo.com

### Nachrichten:

26. Juni 2009

#### **Hessischer Landtag lehnt Bleiberecht für Romaflüchtlinge aus dem Kosovo ab**

Eine Mehrheit aus konservativen und liberalen Abgeordneten hat gestern einen Antrag der Partei "Die Linke" abgelehnt, Romaflüchtlingen aus dem Kosovo ein dauerhaftes Bleiberecht zu gewähren. Der Antrag, der gestern im Innenausschuss in Wiesbaden diskutiert wurde, wurde von Grünen und SPD unterstützt.

[http://www.roma-kosovoinfo.com/index.php?option=com\\_content&task=view&id=217&Itemid=1](http://www.roma-kosovoinfo.com/index.php?option=com_content&task=view&id=217&Itemid=1)

24. Juni 2009

#### **HRW fordert umgehende Schließung der vergifteten Lager**

Die kosovarischen Behörden sollen gemeinsam mit Gebern der internationalen Gemeinschaft die mit Blei verseuchten Flüchtlingslager, in denen vertriebene Roma leben, unverzüglich schließen. Zudem sollen die Bewohner umgesiedelt und die medizinische Versorgung zur Behandlung von Bleivergiftungen sichergestellt werden, so Human Rights Watch in dem heute veröffentlichten Bericht "Poisoned by Lead: A Health and Human Rights Crisis in Mitrovica's Roma Camps".

[http://www.roma-kosovoinfo.com/index.php?option=com\\_content&task=view&id=219&Itemid=1](http://www.roma-kosovoinfo.com/index.php?option=com_content&task=view&id=219&Itemid=1)

10. Juni 2009

#### **Chachipe fordert EU auf, nachhaltige Lösung für Romaflüchtlinge aus dem Kosovo zu finden**

Anlässlich des zehnten Jahrestages des Ende des Krieges in Kosovo, hat Chachipe einen dringenden Appell an die EU gerichtet, eine Lösung der Flüchtlingskrise zu finden. Zehn Jahre nach Ende des Krieges warten mehrere zehntausend Kosovoroma immer noch auf eine Lösung ihres Schicksals, sagt der Verein in einem Schreiben an den Europäischen Rat.

[http://www.roma-kosovoinfo.com/index.php?option=com\\_content&task=view&id=218&Itemid=1](http://www.roma-kosovoinfo.com/index.php?option=com_content&task=view&id=218&Itemid=1)

8. Juni 2009

#### **10 Jahre Kriegsende: Amnesty fordert effektive Aufklärung über Schicksal von Verschwundenen**

Zehn Jahre nach Ende des Kosovo-Krieges warten immer noch rund 1.900 Familien im Kosovo und in Serbien auf Gewissheit über das Schicksal ihrer Angehörigen. Wie ein heute veröffentlichter Bericht von Amnesty International zeigt, haben die Behörden Serbiens wie des Kosovos versagt, Kriegsverbrechen, insbesondere das Verschwindenlassen, angemessen aufzuarbeiten. Das habe zu einer de-facto-Straflosigkeit für die Verbrechen des Kosovo-Krieges geführt, heißt es in dem Bericht, der hier heruntergeladen werden kann.

<http://www.amnesty.org/en/library/info/EUR70/007/2009/en>

### Dokumente:

Amnesty International: Burying the past. 10 years of impunity for enforced disappearances and abductions in Kosovo, June 2009

[http://www.roma-kosovoinfo.com/index.php?option=com\\_content&task=view&id=22&Itemid=35&lang=de#Aktuell](http://www.roma-kosovoinfo.com/index.php?option=com_content&task=view&id=22&Itemid=35&lang=de#Aktuell)

Appell des Roma-Treffens 2008-2009 an die Senatoren und Minister des Inneren der Bundesländer und der Bundesrepublik Deutschland sowie an die Fraktionen in den Landtagen und im Bundestag, Mai 2009

[http://www.roma-kosovoinfo.com/index.php?option=com\\_content&task=view&id=22&Itemid=35&lang=de#Abschiebungen](http://www.roma-kosovoinfo.com/index.php?option=com_content&task=view&id=22&Itemid=35&lang=de#Abschiebungen)

Human Rights Watch: Poisoned by Lead. A Health and Human Rights Crisis in Mitrovica's Roma Camps, June 2009

[http://www.roma-kosovoinfo.com/index.php?option=com\\_content&task=view&id=22&Itemid=35&lang=de#Aktuell](http://www.roma-kosovoinfo.com/index.php?option=com_content&task=view&id=22&Itemid=35&lang=de#Aktuell)

Republic of Kosovo: Strategy for the Integration of Roma, Ashkali and Egyptian Communities in the Republic of Kosovo 2009-2015, December 2008

[http://www.roma-kosovoinfo.com/index.php?option=com\\_content&task=view&id=22&Itemid=35&lang=de#Aktuell](http://www.roma-kosovoinfo.com/index.php?option=com_content&task=view&id=22&Itemid=35&lang=de#Aktuell)

Rom e.V.: Reisebericht April 2009 (Teil 1)

[http://www.roma-kosovoinfo.com/index.php?option=com\\_content&task=view&id=22&Itemid=35&lang=de#Reiseberichte](http://www.roma-kosovoinfo.com/index.php?option=com_content&task=view&id=22&Itemid=35&lang=de#Reiseberichte)

### **Medienspiegel:**

Roma nicht länger geduldet. Wiesbadener Landtagsausschuss lehnte Aufenthaltsverlängerung für aus dem Kosovo Geflohene ab, in: junge welt, 27.06.2009

<http://www.jungewelt.de/2009/06-27/032.php>

Isabel Fonseca: Das Leben der Roma. Über den zulässigen Höchstwerten, in: Frankfurter Rundschau, 23.6.09

[http://www.fr-online.de/in\\_und\\_ausland/kultur\\_und\\_medien/feuilleton/1807622\\_Das-Leben-der-Roma-ueber-den-zulaessigen-Hoehstwerten.html](http://www.fr-online.de/in_und_ausland/kultur_und_medien/feuilleton/1807622_Das-Leben-der-Roma-ueber-den-zulaessigen-Hoehstwerten.html)

Foto-Slideshow: Poisoned by Lead

<http://www.hrw.org/en/features/kosovo-poisoned-lead>

Isabel Fonseca: Abused, driven out and poisoned: the scandal of the Kosovo Roma, in: The Observer, Sunday 21 June 2009

<http://www.guardian.co.uk/world/2009/jun/21/kosovo-lead-mitrovica-poison>

Phoebe Greenwood: Home is a stinking rubbish tip for Kosovo's forgotten refugees

Konik is the largest refugee camp in the Balkans but outside of Montenegro few people know of its existence, in: Guardian, 19 June 2009

<http://www.guardian.co.uk/society/2009/jun/19/konik-roma-refugee-camp-montenegro>

Regina Pöll: Neuer Konflikt um Asyl. Europarat besorgt um Kosovo, in: Die Presse, 16.06.2009

<http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/487749/index.do>

Living in filth for 10 years. More than 2,000 Roma (Gypsies) who fled Kosovo during the conflict in the 1990s still live in Konik refugee camp near Podgorica, the capital of Montenegro, BBC, 20 June 2009

[http://news.bbc.co.uk/2/hi/in\\_depth/8107701.stm](http://news.bbc.co.uk/2/hi/in_depth/8107701.stm)

»Zehntausende müssen Abschiebung fürchten«. Gespräch mit Volker Maria Hügel, in: junge welt, 08.06.2009

<http://www.jungewelt.de/2009/06-08/019.php>

## 12. Newsletter der Schweizerischen Flüchtlingshilfe SFH, Juni 2009

<http://newsletter.fluechtlingshilfe.ch/jsp/nologin/PreviewMail.jsp?&m=90618143452340678>

u. a. mit Infos zu:

### Herkunftsländer

Äthiopien: Update vom Juni 2009

Update der SFH-Länderanalyse, Peter K. Meyer für SFH, 11. Juni 2009, 21 Seiten.

Bosnien-Herzegowina: Behandlung von PTBS

Auskunft der SFH-Länderanalyse, Urs Rybi, Rainer Mattern, 11. Juni 2009, 5 Seiten.

Äthiopien: Psychiatrische Versorgung

Auskunft der SFH-Länderanalyse, Alexandra Geiser, 10. Juni 2009, 7 Seiten.

Eritrea: Behandlung von HIV/AIDS

Auskunft der SFH-Länderanalyse, Florence Savioz, Alexandra Geiser, 10. Juni 2009, 5 Seiten. Download (pdf)

DR Kongo: Psychiatrische Versorgung

Auskunft der SFH-Länderanalyse, Alexandra Geiser, 10. Juni 2009, 4 Seiten.

Irak: Journalisten in Kurdistan-Irak

Auskunft der SFH-Länderanalyse, Alexandra Geiser, 3. Juni 2009, 8 Seiten.

## 13: Lesetipps

**Bernardino Di Croce/Manfred Budzinski/Verein Migration & Integration in der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.): (Nicht) Auf Augenhöhe? Erfahrungen und Lebensgeschichten zum Thema Migration und Zweiter Generation in Deutschland.**

In Deutschland sind MigrantInnen im Sprachgebrauch der Politik - auch nach mehreren Generationen - "Ausländer". Kann es da verwundern, dass nicht wenige MigrantInnenkinder der zweiten, dritten und teilweise der vierten Generation sich nicht willkommen und dazugehörig fühlen? Bei genauerer Betrachtung fällt jedoch auf, dass sie sich mehr als EinwohnerInnen dieses Landes fühlen und verstehen, als sie zugestehen wollen.

Die allgemeine Stimmung zeigt, dass es sehr schwer ist, deutschen BürgerInnen die Benachteiligung der MigrantInnenkinder bei der schulischen und beruflichen Ausbildung begreiflich zu machen. Der Band untersucht die Lebenswirklichkeit der Migrantinnen und Migranten aus der persönlichen Sicht der Betroffenen.

Karlsruhe (von Loeper), 176 Seiten, 14,00 €, ISBN 978-3-86059-333-2

**Marei Pelzer: [Mit der Duldung am Ende.](#)** Artikel in Jungle World 26, 25. Juni 2009: Marei Pelzer beschreibt in dem Artikel das Problem der Bleibeberechtigten, in Zeiten der Wirtschaftskrise einen Arbeitsplatz zu finden, der ihren Lebensunterhalt dauerhaft sichert - Voraussetzung für die ab Herbst anstehende Verlängerung der Aufenthaltserlaubnisse der ca. 35.000 Flüchtlinge mit einer Aufenthaltserlaubnis nach der Bleiberechtsregelung.

## 14. Termine

**Plenen des Flüchtlingsrats B.-W. in Stuttgart, Friedengemeindehaus:**

11.07.2009. Siehe Punkt 1. [Zum Programm.](#)

07.11.2009

**Herbsttagung des Flüchtlingsrates B.-W. in Bad Herrenalb:**

18.-20.09.2009: Perspektiven einer humaneren Flüchtlingspolitik in Deutschland. Analysen und Strategien.  
Siehe Punkt 2. [Zum Programm](#)

**Weitere Termine in Baden-Württemberg:****02.07.2009, 19:00, Heidelberg, IFZ, Theaterstraße 16: Der Blick auf das Fremde.**

Yvonne Adam und Magdalena Stülb, Ethnologinnen der Arbeitsgruppe Medizinethnologie & Interkulturelle Kommunikation AMIKO, sehen ihre Aufgabe in der Vermittlung zwischen Menschen mit unterschiedlichen kulturellen und religiösen Orientierungen. Im Fokus der Arbeit steht dabei die Lebenssituation von Migrantinnen und Migranten. In Zusammenarbeit mit dem Internationalen Frauen- und Familienzentrum werden sie einen "Blick auf das Fremde" und auf uns selbst werfen.

**09.07.2009, Heidelberg: Zerrin Konur/Anna K. Wolf (Rechtsanwältinnen): Familiennachzug:**

Voraussetzungen für den Ehegatten- und Familiennachzug; Visumsverfahren. 4. Abend einer (kostenlosen) Vortragsreihe zum Migrationsrecht. TeilnehmerInnen werden um Voranmeldung gebeten unter Tel. 06221 8936184. Weitere geplante Themen: Asylrecht (6.08.), Rechte türkischer Staatsangehöriger (17.09.), Niederlassungserlaubnis (8.10.), Ausweisung (12.11.), Duldung (10.12.)

**15.07.2009, 19 Uhr: Stuttgart-Heslach, Generationenhaus, Gebrüder-Schmid-Weg 13: Treffen von Unterstützerinnen engagierter Frauen in der Türkei/Kurdistan.** Weitere Infos über die Geschäftsstelle des Flüchtlingsrates.

**29.11.-1.12.2009, Bad Boll, Ev. Akademie: Tagung Traumatherapie und gesellschaftliches Umfeld.** [Weitere Infos.](#)

**Sonstige Termine, bundesweit:**

27.09.-3.10.2009: Interkulturelle Woche

02.10.2009: Tag des Flüchtlings

25.11.2009: Internationaler Tag "Nein zu Gewalt an Frauen"

10.12.2009: Tag der Menschenrechte